

Vorlage für die Sitzung des Senats am 16.04.2013

**„Elternbeitragsfreiheit für pädagogische Spielkreise“
(Anfrage für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft)**

Die Fraktion Die LINKE hat folgende Anfrage für die Fragestunde gestellt:

„Wir fragen den Senat:

1. Welche Gründe liegen vor, dass Kindertageseinrichtungen vom -Referat 23- der Sozialbehörde bisher nur mündlich mitgeteilt wurde, dass Plätze in pädagogischen Spielkreisen ab dem nächsten Kindergartenjahr beitragsfrei angeboten werden können?
2. Wann erhalten Kindertageseinrichtungen vom -Referat 23- der Sozialbehörde eine schriftliche Information über die Eltern-Beitragsfreiheit in pädagogischen Spielkreisen ab dem kommenden Kindergartenjahr, damit diese KiTa-Einrichtungen Planungssicherheit erhalten?
3. Wer übernimmt die Finanzierung der ausfallenden Beiträge für pädagogische Spielkreise, wenn Eltern für die dortige Betreuung ihrer Kinder aufgrund der zukünftigen Beitragsfreiheit nicht mehr bezahlen müssen?“

Der Senat beantwortet die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1:

Den Trägern wurde angekündigt, dass für Angebote der frühkindlichen Förderung und Betreuung, die unter 20 Stunden liegen, ab dem 01.08.2013 keine Beiträge mehr erhoben werden sollen. Das ist mündlich angekündigt worden und wird in Schriftform nachgereicht. Die schriftliche Mitteilung sollte erst nach Ablauf des Anmelde- und Platzvergabe-Verfahrens erfolgen, um sicherzustellen, dass Eltern sich nicht aufgefordert fühlen, allein aus Kostengründen auf umfassendere Betreuungsangebote für ihre Kinder zu verzichten, und stattdessen einen Spielkreis zu wählen.

Zu Frage 2:

Die Träger werden in den nächsten Wochen weitere Information erhalten, auch schriftlich, um ihre Einrichtungen über das mögliche Angebot von beitragsfreien Spielkreisen zu informieren.

Zu Frage 3:

Die Finanzierung des Angebotes von Spielkreisen erfolgt aus dem Haushalt der Senatorin

für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen mit der Zielsetzung, die Beteiligung von Kindern und Eltern an außerfamiliären Angeboten der frühkindlichen Bildung zu erhöhen. Der Einnahmeausfall geht nicht zu Lasten der Anbieter.